WP-01-K3-755

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Lamya Kaddor (KV Duisburg)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 755 bis 756:
Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht aktuell laut ~~Bundesamt für Verfassungsschutz~~ vom Rechtsextremismus aus. ~~Und~~Rechtsextreme Straftaten haben 2024 einen neuen Höchststand erreicht. Rechtsextreme Parteien bedrohen die parlamentarische Demokratie von innen heraus und ihr gewaltbereites Vorfeld terrorisiert in großen Teilen des Landes wieder die Straßen. Immer mehr Menschen geraten - oft über die sozialen Netzwerke - in die Fänge rechtsextremer Gruppierungen und deren menschenfeindlicher Ideologien und gewaltvollen Umsturzfantasien. Im Kampf gegen den organisierten Rechtsextremismus sind in der Vergangenheit auf entschlossene Worte zu selten konsequente Handlungen gefolgt. Auch der Islamismus ist eine sehr ernste Bedrohung für unsere Gesellschaft. Die Anschläge in Solingen und Mannheim, sowie zahlreiche Festnahmen, auch von vielen Minderjährigen zeigen die gewachsene Mobilisierung und Radikalisierung in der Szene. Der Terrorangriff der islamistischen Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023 hat die Bedrohung weiter verschärft und dient in der Szene als Vorbild für konkrete Anschlagsplänen. Die Rekrutierung findet mittlerweile vor allem im Netz statt.

weitere Antragsteller*innen

Jonathan Franz (KV Berlin-Pankow); Cim Kartal (KV Bielefeld); Carsten Binder (KV Duisburg); Vincent Lohmann (KV Krefeld); Melih Keser (KV Duisburg); Simon Haack (KV Münster); Martina Hinssen (KV Duisburg); Katja Poredda (KV Köln); Thorsten Maruschke (KV Hagen); Angelika Sgumin (KV Duisburg); Tobias Sauter (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ali Saker (KV Münster); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Mimont Bousroufi (KV Bonn); Kerstin Kirchhofer (KV Duisburg); Judith Petersen (KV Münster); Raimund Köhn (KV Münster); Sarah Jentsch (KV Duisburg); Dietmar Beckmann (KV Duisburg); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.